4. Jahrgang. Nr. 22. Einzelnummer 50 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. proWoche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 6837.

Donnerstag, 26. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Keine langen Reden, sondern Taten.

Dißmann für die Erfassung der Sachwerte — für die 10 Punkte der ADGB.

Robert Dißmann, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes und unabhängige Reichtagsabgeordnete, sprach gestern abend vor einer gut besuchten Versammlung der Berliner Metallarbeiterfunktionäre. Seine Ausführungen waren in mehr als einer Hinsicht interessant. Während die „Freiheit" in dunklen Andeutungen den Umfall der USP. zur Frage des Steuerkompromisses vorbereitet, richtete Dißmann scharfe Angriffe gegen die SPD. und ihre Koalitions- und Kompromißpolitik. Noch weit auffälliger aber war die scharfe Stellungnahme Dißmanns gegen die Haltung des ADGB. und dessen Passivität im Kampf um die Erfassung der Sachwerte und der aufgestellten zehn Forderungen. Dißmann gebrauchte in seinem Referat, von dem wir unten einen kurzen Auszug folgen lassen, vielfach Redewendungen, die in ähnlichem Sinn bislang nur in der kommunistischen Presse zu lesen waren. „Gegen den Willen von 8¾ Millionen organisierter Proletarier kann sich keine Regierung behaupten!" — „Nur durch den entschlossenen Kampf der gesamten Arbeiterklasse nicht nur innerhalb sondern vor allem außerhalb des Parlaments können die Steuerlasten vom Proletariat abgewälzt und die steuerliche Erfassung des Besitzes durchgeführt werden," sagt Dißmann. Wir wissen nicht, ob Dißmann diese Redensarten ernst nimmt und vielleicht jetzt erst durch den vollkommenen Bankrott der Politik des ADGB. und der sozialdemokratischen Parteien zu dieser Auffassung gekommen ist, oder ob es eine von den vielen radikalen Reden ist, die von Gewerkschaftsführern in den letzten Wochen gehalten wurden, aber letzten Endes nur den Zweck verfolgten, die Arbeiterschaft einzuhüllen.

Mit Recht betonte Bernhardt Krüger (SPD.) in der Diskussion, daß die USP. durch ihre Neutralität gegenüber der Regierung Wirth für die jetzige Situation mit verantwortlich sei. Und es ist nicht nur die USP., sondern auch Dißmann und die gesamte Bürokratie des DMV., auf die der Vorwurf Krügers voll und ganz zutrifft. Haben nicht die Metallarbeiter in vielen Hunderten von Versammlungen schon vor Monaten dasselbe gefordert, was Dißmann gestern aussprach, und wurde nicht auf dem Betriebsrätekongreß in Leipzig von einer Anzahl Delegierten stürmisch die sofortige Einleitung des Kampfes um die Erfassung der Sachwerte gefordert? Damals befand sich Dißmann in vollem Einverständnis mit Hué und anderen SP.-Größen in der Ablehnung des sofortigen Kampfes, obwohl Anfang Dezember 1921 die Zeit hierfür jedenfalls viel günstiger gewesen wäre wie jetzt.

Doch wir wollen uns in der jetzigen, für die Arbeiterschaft so bedrohlichen Situation nicht lange um Vergangenes streiten. Dißmann und seine Freunde haben auch jetzt noch Zeit, zu beweisen, daß es ihnen wirklich ernst mit ihren Forderungen ist. Wenn Dißmann sagt, daß der ADGB. sich so passiv verhält, so liegt, bei dem großen Einfluß, den der DEV. als größte deutsche Gewerkschaft im ADGB. und bei der Arbeiterschaftserschaft hat, sehr viel an dem Verhalten Dißmanns und der unabhängigen Gewerkschaftsführer und Funktionäre im DEV., um den ADGB. zu einer anderen Stellungnahme zu zwingen. Mögen sie sofort im ganzen Reich die Metallarbeiter zu Protestaktionen und zum Kampf aufrufen. Sie werden dabei von seiten der Kommunisten die größte Unterstützung bekommen. Geschieht das überall und sieht die ganze Arbeiterschaft, daß es wirklich eine ernste Aktion ist, in der nicht nur Resolutionen fabriziert und angenommen, sondern tatsächlich zum Kampf geschritten wird, dann werden, das steht außer allem Zweifel, die Arbeiter anderer Gewerkschaften folgen.

Um einen derartigen Kampf sofort aufnehmen zu können, ist es aber auch notwendig, daß die USPD. in ihrer Gesamtheit eine andere Stellung zur Steuerfrage einnimmt, als wir das in den letzten Tagen und Wochen beobachten müssen. Es wird Sache des Reichstagsabgeordneten Dißmann sein, seiner Partei diese Notwendigkeit auseinanderzusetzen. Wir betonen nochmals, wir sind bereit: doch Schluß mit den langen Reden, es ist endlich Zeit zu Taten.

*

Dißmann führte u. a. aus: Die neuen Steuern, die augenblicklich Gegenstand eines Kompromisses sind, werden die Lebenshaltung der Arbeiterschaft enorm verschlechtern. Nie und nimmer darf die Arbeiterschaft dem zustimmen, sondern es müssen die zehn Punkte des ADGB. in den Vordergrund gestellt werden. Sie sind keine Fahne, die bei gutem Wetter herausgesteckt wird, sondern sie müssen als Kampfgrundlage der Arbeiterschaft gelten. Wenn man sich mit einem Steuerkompromiß beschäftigt, das der Volkpartei gefällt, so müssen wir sagen, die Arbeiterschaft hat dieses Treiben satt. In dem Augenblick, wo die 8¾ Millionen im ADGB. und dem Afa-Bund Organisierten zusammenstehen, ist keine Regierung in der Lage, gegen die Arbeiterklasse zu regieren. Wären sich die Gewerkschaftsführer einig für geschlossenen Kampf gegen das konzentrierte Kapital, dann wäre die Sache der Arbeiterschaft einen großen Schritt vorwärts.

Der zehnprozentige Lohnabzug ist gründlich durchgeführt, ebenso die indirekten Steuern, aber die wesentlichen Besitzsteuern sind noch nicht veranlagt. Die Besitzenden haben ungehindert den Hauptteil ihrer Riesengewinne in Sicherheit gebracht. Gewirtschaftet wird auf Kosten des werktätigen Volkes. Wie ist dem zu begegnen? Die Verwirklichung der Forderungen des ADGB. und des Afa-Bundes muß jetzt in Angriff genommen werden. Die Millionen müssen aufstehen und ihre Führer zum Handeln zwingen. Erfassung der Sachwerte zu 25 Prozent bedeutet, daß das Reich etwas Reales in die Hand bekommt. Wäre die Sozialisierung der Kohle und der Schlüsselindustrien durchgeführt worden, dann hätte das Reich Kredite und wäre nicht in der Hand der Stinnes und Konsorten, dann könnten diese nicht ihre Entstaatlichungsbedingungen stellen und Aufhebung des Achtstundentages fordern, wie Lohnerhöhungen verweigern.

Das Millionendefizit der Eisenbahn erklärt sich aus den Monopolpreisen der Lokomotiv- und Waggonfabrikanten usw. und nicht aus den Löhnen und Gehältern der Eisenbahner. Die Regierung unterstützt diese Bewucherung. Der ADGB. und der Afa-Bund sind verpflichtet, selbst ihre Kräfte einzusetzen für die Durchführung der zehn Forderungen. Die Abschiebung auf die drei sozialistischen Parteien ist ein Ausweichen vor dieser Verpflichtung. Die Arbeitermassen im ganzen Lande müssen in Versammlungen und Demonstrationen aufgerüttelt werden. Im Schoße des ADGB. herrscht leider keine Einmütigkeit über das Vorgehen. Wir müssen demgegenüber ohne Rücksicht auf das Parteibuch sagen: So darf es nicht mehr weiter gehen. Ich und der Metallarbeiterverband haben keine Lust mehr, Prügelknabe für die Fehler des ADGB. zu sein. Nur im gemeinsamen Kampf kommt die Arbeiterschaft wieder zusammen. Die Berliner Metallarbeiter insbesondere müssen durch ihre Willensbekundung beispielgebend für das ganze Reich wirken.

Der Eisenbahnerstreik dehnt sich aus.

Die Meldungen der bürgerlichen Presse, wonach der Eisenbahnerstreik in Sachsen beigelegt sei, bestätigt sich nicht. Im Gegenteil, der Streik nimmt an Ausdehnung zu. Der Kampf zwischen den erbitterten Eisenbahnern und den Gewerkschaftsführern, die mit allen Mitteln diesen „verlorenen Streik" abblasen wollen, dauert an. Nur wenn die Kraftprobe zwischen den Bürokraten und den Massen durch die Wucht der sich ausdehnenden Streiks auf die Seite der Eisenbahner schlägt, wird dieser Kampf ein erfolgreicher werden.

Die Zeichen, die aus Sachsen und aus Berlin kommen, lassen hoffen, daß der Kampf der sächsischen Eisenbahner, die für die Eisenbahner des ganzen Reiches ein Vorpostengefecht liefern, von Erfolg gekrönt wird.

Gesteigerte Kampfstimmung.

Leipzig, 24. Januar. Die augenblickliche Lage ist für die Streikenden günstig. Es erfolgen heute fast auf sämtlichen Dienststellen Abstimmungen, die in großer Mehrheit für den Streik sind. Die Meldungen über die Aufnahme der Arbeit in Dresden sind falsch. Die Stimmung ist günstig.

Dresden, 24. Januar. Gestern Mittag fanden in Dresden zwei überfüllte Versammlungen der streikenden Eisenbahner statt, die sich einstimmig für die Weiterführung des Streiks aussprachen.

Die Gerüchte der bürgerlichen Presse, daß der Streik abgebrochen, daß Mitglieder der Streikleitung verhaftet und daß die SPD.-Mitglieder aus der Streikleitung ausgeschieden seien, ist glattweg Lüge.

Der Kampf greift weiter um sich. Die Mitglieder der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, sowie die Mitglieder des GDE. (christlich), Arbeiter und Beamte solidarisieren sich mit den Streikenden und sind sogar aktiv in den Kampf eingetreten. Heute finden in den Außenbezirken weitere Abstimmungen zwecks Teilnahme am Streik statt.

Gärung unter den Berliner Eisenbahnbeamten.

Der „Schles. Ztg." vom Mittwoch-Morgen entnehmen wir: Die in der Fachgewerkschaft IV der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner zusammengeschlossenen Berliner Eisenbahnassistenten, Sekretäre und Stationsvorsteher nahmen gestern zu den schwebenden Beamtenfragen Stellung. Nicht nur der Hauptredner, sondern auch alle anderen Sprecher bezeichneten das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen als ungenügend. Auch der Reichstag habe völlig versagt. Den Gewerkschaften, besonders aber dem Hauptvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes sei die Hauptschuld an der gegenwärtigen Lage beizumessen. Die Beamten dürften selbst dann nicht vor einem Kampf zurückschrecken, wenn auch einzelne auf der Strecke blieben. Lehne der deutsche Beamtenbund die Führung ab, müsse die Reichsgewerkschaft selbständig vorgehen. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Die Reichsgewerkschaft wird aufgefordert, das Angebot der Reichsregierung abzulehnen und die Mitglieder zum Kampfe aufzurufen."

Ein Ultimatum der Eisenbahner.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat am Dienstag beschlossen, ein befristetes Ultimatum an die Reichsregierung zu richten, in dem die sofortige Verbesserung der Einkommensverhältnisse, insbesondere die Erhöhung der Gehälter der unteren Gruppen verlangt und das Arbeitszeitgesetz abgelehnt wird. Der Beschluß erfolgte gegen die Satzungen, d. h. ohne vorherige Urabstimmung.

Es bleibt somit dem RDE. vorbehalten, entschlossen den schon im Kampfe stehenden sächsischen Kollegen beizuspringen und auch die Frage des Arbeitszeitgesetzes mit in den Kampf zu ziehen.

Die Bürokraten des freien DEV. getrauen sich aus Furcht vor außen- und innenpolitischen Verwickelungen nicht gegen die Regierung vorzugehen. Die Eisenbahner werden sie zwingen müssen.

Der Streikbeschluß der Chemnitzer Werkstätten.

Die Eisenbahner in der Chemnitzer Werkstätten stimmten am Dienstag nachmittag über die Beteiligung am Eisenbahnerstreik ab. Es wurden abgegeben 2971 Stimmen. Für den Streik stimmten 1738, dagegen 1074, ungültig waren 160 Stimmen. Die Abstimmung war eine Urabstimmung. Nach diesem Resultat ist, wie uns mitgeteilt wird, der Streik in den Chemnitzer Werkstätten beschlossen worden. Das Rangierpersonal der Güterbahnhofs Chemnitz-Hildersdorf schloß sich am Dienstag nachmittag dem Streik der Eisenbahner an.

Noch immer Kuhhandel.

Ein Kompromiß mit Hilfe der Unabhängigen.

Im Reichstag wird noch immer um das Fell der Steuerzahler gefeilscht. Nachdem die Sozialdemokraten die Erfassung der Sachwerte endgültig haben fallen lassen, wollen sie wenigstens, um bei ihren Wählern nicht ganz abzufallen, auf einer Zwangsanleihe bestehen. Diese Zwangsanleihe soll eine Milliarde Goldmark einbringen. Die deutsche Volkspartei will aber dieser Zwangsanleihe nicht zustimmen; jedenfalls duldet sie nicht, daß die Verzinsung dieser Anleihe nur durch Industrie und Landwirtschaft erfolgen soll.

Reichskanzler Wirth sucht eine Mehrheit für diese Zwangsanleihe und wendet sich vertrauensvoll an die USPD. Er hofft für die abspringenden Demokraten und Zentrumsleute die USPD. und mit ihnen die Mehrheit zu gewinnen.

Obwohl die USPD. in Leipzig erklärte, gegen jede weitere indirekte Steuer zu stimmen, und auch die Goldanleihe ist eine, die abgewälzt wird, ist bei Hilferding und Kautsky kein Ding unmöglich.

Nach der Rede Dißmanns (siehe Leitartikel) besteht aber die Möglichkeit, daß sich die USPD. besinnt und doch auf der sofortigen Erfassung der Sachwerte besteht.

Dann hat die SPD. Gelegenheit mit Stinnes zu gehen und sich vollkommen zu enthüllen als eine Partei, die mit dem Bürgertum durch dick und dünn geht, — oder den Stimmen ihrer Mitglieder zu folgen und den Kampf um die Erfassung der Sachwerte mit Entschiedenheit aufzunehmen.

In der Diskussion stellte Genosse Krüger fest, daß die USP. das Kabinett Wirths ebenfalls durch ihre Neutralität stütze. Die SPD.-Arbeiter werden auf ihre Fraktion im Reichstag drücken, die Sachwerterfassung zu fordern und werden für die 10 Forderungen eintreten. Eine Koalition im Reiche mit der Volkspartei würden die SPD.-Arbeiter bedauern (!).

Genosse Ostrowski stimmt den Ausführungen Dißmanns zu und betont die Notwendigkeit der Durchführung der 10 Forderungen, doch den Worten müssen endlich die Taten folgen.

Im Schlußwort sagte Dißmann: Es ist das tragische Geschick der deutschen Arbeiterklasse, daß ein großer Flügel von ihr mit dem Klassengegner zusammengeht, statt zu helfen, die gesamte Arbeiterklasse gegen den Klassengegner zu führen. Die Arbeiterklasse hat ihre Kraft nicht nur im, sondern auch außerhalb des Parlaments anzuwenden.

Einstimmig wurde folgende Resolution von der gutbesuchten Funktionärversammlung angenommen:

Die Funktionärversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des DMV. stimmt mit den Ausführungen Dißmanns sowie mit den Beschlüssen des erweiterten Beirats betreffs der 10 Forderungen überein. Die Versammelten verlangen, daß ADGB. und Afabund mit aller Entschiedenheit an den 10 Forderungen festhalten. Alle proletarischen Kräfte müssen entgelöst werden, um sie planmäßig einzusetzen im Kampf und zähem Ringen zur Durchführung der 10 Forderungen.

Die Funktionäre geloben mit allem Nachdruck, geschlossen und in straffster Disziplin die Gewerkschaften in ihrem Kampfe zu unterstützen und die noch fernstehenden Arbeiter den freien Gewerkschaften zuzuführen.

*

Es ist Zeit zu Taten —. Die SPD. und mit ihr die eminentesten Führer des ADGB. lassen noch nicht erkennen, daß sie zu Taten, die in der Richtung der 10 Forderungen des ADGB., die in sich schließen eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten dergestalt, daß 25% des Aktienkapitals auf das Reich übertragen werden, daß die Landwirtschaft und aller andere Besitz mit aller Schärfe durch Steuern erfaßt werden, bereit sind.

Die Regierungskoalition lavibandelt. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Entscheidung bewußt hinausgezögert wird, um dann, weil die Entente bis 27 Januar Auskunft haben will wie Deutschland die Schulden aufzubringen gedenkt, zu sagen: Das Vaterland ist in Gefahr, wir können nicht anders, als schweren Herzens den Raubplänen Stinnes zuzustimmen.

Die sozialdemokratischen Stimmen, die laut geworden sind in Frankfurt und Chemnitz haben ein Echo gefunden bei Hermann. Das gesamte Proletariat ist bereit zu kämpfen für die Erfassung der Sachwerte — für die Kontrolle der Produktion. Alle Lasten auf den Besitz! Auf zur Tat!

Politische Uebersicht.

Republikanische Schnitzlickerei.

Reichstagssitzung vom 23. Januar.

An Stelle des zum Gesandten ernannten Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer wird Frau Teusch-Köln zum Schriftführer des Reichstages gewählt. Präsident Löbe teilt hierauf im Reichstage das Schreiben des italienischen Botschafters mit, durch das die deutsche Regierung zur Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Genua eingeladen ist. Hierauf wurde in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, wonach Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur durch Vermittlung der Reichsbank oder solcher Banken abgeschlossen werden dürfen, die Depot- oder Depotgeschäfte gewerbsmäßig betreiben, erledigt. Der Demokrat Meinhein, der sich immer mehr zum Anwalt des Börsenschiebertums entwickelt, hatte zunächst Einspruch gegen die dritte Lesung erhoben. Nachdem der unabhängige Reichstagspräsident Herr Loebe diesen Skandal öffentlich festgenagelt hatte, zog der wackere demokratische Kämpe seinen Einspruch zurück, so daß das Gesetz endgültig verabschiedet werden konnte.

Hieran schloß sich die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausführung des Art. 146, Abs. 2 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz). Der rechtssozialistische Staatssekretär Heinrich Schulz begründete die Vorlage. Matt, farblos, unentschieden, in dem Ton des Klagelieds leierte er seine Rede herunter. Die Regierungsvorlage sei eine Folge des Weimarer Schulkompromisses, ihre Verabschiedung sei außerordentlich dringlich, weil im Volk die größte Erregung herrsche. Die konfessionelle Einheitsschule sei in absehbarer Zeit in Deutschland nicht möglich. Deshalb müsse die Schulerziehung sowohl in bekenntnisfreien als in Bekenntnisschulen erfolgen.

Der Reichsjustiz Hellmann hatte den Auftrag, das unehelichen Kind seiner Partei vor der Oeffentlichkeit zu verteidigen. Er erklärte, der Sozialdemokratie sei in Weimar Gewalt angetan worden, aber selbst diese Vergewaltigung rechtfertige nicht den Rechtsbruch, der als ihre Frucht ans Licht zur Welt komme. Er plädierte ebenfalls für die konfessionelle Schule, da die Bekenntnisschule nur zur Verschärfung der konfessionellen Gegensätze führe. Der Zentrumsmann Mönnig lobte die bekannten Schulkompromißler der Rechten nur. Auch er ist mit dem Reichsschulgesetz durchaus noch nicht zufrieden. Er erscheint ihm noch lange nicht fortschrittlich genug. Schließlich plädierte er dafür, daß der Religionsunterricht in der Mittelpunkt des Schulunterrichts gestellt werden müsse und bedauerte, daß die Eltern sich ihr Elternrecht nicht stärker haben sichern dürfen. Der deutschnationale Redner Hamm, äußerlich und unerhört das Gebiet von Mißtönen „Tonfall", brachte hierauf die Schulkämpfer der erzkonservativen Partei zum Ausdruck. Er pflanzt mit seinen Kollegen von der anderen Seite die in der Forderung Marx, daß die Religion dem Volk erhalten bleiben müsse, und daß die Schule sich in den Dienst der Kirche zu stellen habe. Der deutsche Volksparteiler Dr. Kunkel quittiert mit schmunzelnden Gesichtern die Schlau, die die Regierungsparteien, Zentrum und Sozialdemokraten, an der Regierungsvorlage geübt haben. Es ist selbstverständlich, daß auch dieser Staatsmann unbedingt sehr für die Fortsetzung der bisherigen Verdummungspolitik in der Schule zu haben ist.

Hier wurde die Beratung abgebrochen. Da die Steuermoral hinter den Kulissen bisher noch nicht perfekt geworden ist, darf sich der Reichstag morgen weiter mit der Kritik an dem Regierungswechselbalg, genannt Reichsschulgesetz, amüsieren. Für die Kommunistische Fraktion wird Genossin Klara Zetkin die grundsätzliche Auffassung der Kommunisten in der Schul- und Erziehungsfrage zum Ausdruck bringen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.

Noske!

Gustav der Starke, das Sinnbild der SPD., hat in der Kreiskonferenz Hannover eine nationalistische Rede gehalten, die den Beifall sämtlicher reaktionärer Blätter findet. Er sagte u. a.:

Man dürfe sich nicht über die Größe der internationalen Beziehungen täuschen. Hinter den Reden französischer Sozialisten stehe nichts, und bis zu einer sozialistischen Bewegung im Auslande sei der Weg noch sehr weit. Bei allen Abrüstungsverhandlungen sei nichts herausgekommen. Man dürfe in Deutschland nichts auf die Gegensätze zwischen Frankreich und England geben. Deutschland ständen ohnedies Tage vermehrter Sorge bevor. Das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum sei genau so gefährlich, wie mit der Deutschen Volkspartei, denn es drohe eine nicht zu unterschätzende Katholisierung der Staatsämter. Jetzt heißt es einpacken mit allen sozialen Bestrebungen, solange die akademische Jugend nicht gewonnen sei. Die Anspannung der Steuern nütze nichts mehr. Die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler sei bereits überschritten. Es sei falsch zu glauben, die Besitzenden trügen nichts. Zu einer Reichstagsauflösung zu treiben, sei gefährlich, denn die Radikalen würden wieder gelb werden, die Demokraten zerfasern, aber die Rechtsparteien zunehmen.

Im Anschluß an diese Rede eines „Sozialdemokraten" beschloß die Kreiskonferenz mit allen gegen 4 Stimmen Noske als Spitzenkandidaten bei der nächsten Reichstagswahl aufzustellen.

Und was sagen die Arbeiter in der SPD. dazu? Identifizieren sie sich mit Noske, an dem soviel Arbeiterblut klebt? Wir glauben, die anständigen Arbeiter werden der Noskepartei den Rücken kehren.

Eberleins Immunität aufgehoben.

Der preußische Landtag hat in der Sitzung vom 24. d. Mts. über die Strafverfolgung der Genossen Eberlein und Schönbeck verhandelt und, wie nicht anders zu erwarten war, den bestgehaßten Abgeordneten, Genossen Eberlein, der weißen Justiz ausgeliefert. Mit 263 gegen 50 Stimmen (auch die „Sozialdemokraten" stimmten dafür) wurde die Immunität aufgehoben und mit 173 gegen 134 Stimmen die Inhaftierung genehmigt. Die Aufhebung der Immunität des Genossen Schönbeck wurde mit 176 gegen 133 Stimmen beschlossen.

Genosse Eberlein wird zur Verhandlung da sein und dem Hörsing, Weißmann, Severing einen Spiegel vorhalten. Die wirklichen Schuldigen der „Märzaktion" werden vor dem Reichsgericht entlarvt werden.

Rußland und Genua.

In einem Leitartikel über die Wirtschaftskonferenz in Genua schreibt „Iswestia":

Die europäischen Westmächte stellen sich Sowjetrußland als einen reuigen Sünder mit dem Bußstrick um den Hals vor. Die Mächte befinden sich jedoch im Irrtum. Die Vertreter Sowjetrußlands werden nicht nach Genua kommen, um wie Bettler an verschlossene Türen zu pochen, sondern sie werden als gleichberechtigt auf der Konferenz auftreten. Unsere Gegner werden uns eine Rechnung vorlegen, aber auch wir werden mit unserer Rechnung nicht zurückhalten. Man wird uns Bedingungen stellen, wir ihnen auch. Wenn man diese jedoch als unmöglich betrachten sollte, so können wir auch noch warten. Um so besser, als wir selbst davon überzeugt sind, daß die internationale Lage letzten Endes zu unserm Gunsten ausfallen muß.

Sowjetrußlands Zustimmung für Genua.

Die Mitglieder des Allrussischen Zentralexekutiv-Komitees sind zu einer außerordentlichen Session am 27. Januar einberufen worden, die über die Teilnahme Sowjetrußlands an der Genueser Konferenz beschließen und die Liste der Konferenzteilnehmer vornehmen soll. Die Antwortnote Lschitscherins auf die Einladung Lloyd Georges erklärt, daß die russische Delegation mit allen Vollmachten ausgestattet sein soll. Ferner enthält die Note mit der Aufforderung, möglichst bald genaue Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz und über ihr Programm zu machen, damit die Sowjetregierung die Möglichkeit habe, rechtzeitig dazu Stellung zu nehmen.

Schlesische Rundschau.

Es war einmal!

Uns wird geschrieben:

In welchen Sumpf die Sozialdemokratie bereits versunken ist, merkt man so recht, wenn man die SPD.-Presse liest. Wie die SPD. seit 1914 immer mehr von ihren alten Zielen abrückt, und die Rolle als Arbeiterpartei, als revolutionäre, klassenbewußte, internationale Sozialdemokratie aufgegeben hat, sieht man mit aller Deutlichkeit in den örtlichen Nachrichten. Wenn man sich den Vorwärts-Artikel aus Gollnitzberg vom 19. Januar mit dem Titel: „Kirchen und soziale Arbeit" betrachtet, so muß man schon sagen, sie haben alles, aber auch alles vergessen. Solch herrliche Worte fand früher die Sozialdemokratie und wie stark sie unter den Massen, als Kampfmittel einer neuen Kultur, als Vorkämpferin für ein neues, schönes und freies Leben und welche damit Begeisterung.

Wie aber sieht es heute damit aus? Was schon bisherige Mode schlechthin wurde, beschäftigt sich mit jedem Tage mehr Leute, die heutigen Anhänger der SPD. kennen ihre eigene Parteigeschichte nicht, aber aber, sie haben, wie oben schon gesagt, alles vergessen.

Auf das Geschwätz in der Vorwärts über die Kommunisten verdrießt sich nicht einzugehen, nicht weil ich eine Auseinandersetzung fürchte, nein, weil ich mir sage: gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergeblich. Wir werden uns nur prinzipiell an Tatsachen halten, wir haben die Angelegenheit mit den gleichen Mann an die Polizei angezeigt. Genossen von der SPD. es stimmt nicht so böse, schaft euch einmal darüber, denn heute die Nase in eure Parteigeschichte und dann gebt Antwort. Ihr schreibt, bei Juliusburger sei es üblich, zu Weihnachten dem Briefträger eine Flasche Rum zu spendieren, ebenso der Polizei. Das letztere verstehe ich nicht, sollte das ein Schmiergeld sein, sollte damit das Auge des Gesetzes getrübt werden, jedenfalls ist es eines Arbeitervertreters unwürdig, Korruption, denn nichts anderes ist es, zu unterstützen.

Nun einiges prinzipiell zu der Frage Frage Juliusburger und Schnaps. Ich habe mich gewundert, daß die Redaktion der Bergwacht die Rechtfertigung der Handlungsweise Juliusburgers anstandslos gebracht hat. Eigentlich braucht man sich nicht zu wundern, hat doch die SPD. seit 1914 und endgültig in Görlitz, alles was sie früher hoch und heilig hielt, zum alten Eisen geworfen, warum also auch hier nicht.

Ist euch nicht bekannt, daß die Alkoholfrage auf allen Parteitagen vor dem Kriege eine wichtige Rolle spielte. In Essen 1907 beschloß der Parteitag einstimmig das glänzende Referat. Wurde drucken zu lassen. In Leipzig 1909 wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil des durch die wahnsinnige Rüstungspolitik verursachten Einnahmebedarfs des Reichs den Schultern der Aermsten aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährliches Extraprofit von über fünfzig Millionen M. gesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksauswucherung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu verhindern. Die Parteigenossen und die Parteiorganisationen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischster Weise zur Durchführung zu bringen."

Noch 1912 gab der Zentralvorstand ein Flugblatt heraus: „Arbeiter, verschärft den Schnapsboykott".

Nun gebt Antwort, was habt ihr als Parteiorganisation getan, um „diesem Beschluß in energischster Weise zur Durchführung zu bringen". Und was hat der „Parteigenosse Destillateur Juliusburger" getan, um der Aufforderung des Parteitages „den Branntweingenuß zu verhindern" nachzukommen?

Es bleibt dabei, Juliusburger mag ein tüchtiger Geschäftsmann und Mitglied der SPD. sein, aber mit Sozialismus hat dies gar nichts zu tun. Warum werden jetzt die Destillen am Zahltag nicht geschlossen, wie es vor dem Kriege der Fall war, sollte dies damit zusammenhängen, weil der Destillateur und Gen. Juliusburger Stadtverordneter ist? Ihr seht also, solch eine kleine Frage, wie die der Person Juliusburger, rollt, wenn die Frage grundsätzlich behandelt wird, den ganzen Jammer der deutschen Arbeiterbewegung auf. Und wieviel Juliusburger mögen im Reich in der SPD. Ehrenämter bekleiden und dadurch die alte, revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie versenken und sie zu dem machen, was sie heute ist, die Partei des Kleinbürgertums? Darum seid etwas vorsichtiger mit euren Rechtfertigungen oder behauptet wenigstens nicht Vertreter der Arbeiterschaft zu sein. An alle denkenden Arbeiter richten wir die Aufforderung einmal darüber ernstlich nachzudenken wo sein Platz ist, ob an der Seite seiner Arbeitsbrüder oder an der Seite Juliusburgers. Also bitte um baldige Antwort auf obige Fragen und richtet euch immer ein auf eine ausgiebige Antwort darauf, wie es kommt, daß ein sozialdemokratischer Ehrenmann in schamlosester Weise Wucher mit Schuhwaren treibt, so daß sogar die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen werden mußte. Na, ihr werdet auch hier eine Antwort finden, seid ihr doch die treuesten Stützen des Kapitalismus.

Gute Zeiten für Mörder.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Die ehemaligen Offiziere glauben vor den andern Sterblichen etwas voraus zu haben. Sie können sich immer noch nicht daran gewöhnen, daß mit Kriegsende ihre — nebenbei bemerkt schlecht gespielte — Rolle, ausgespielt ist. Wie während des „reinigenden Stahlbades", treten sie auch heut noch frech und herausfordernd auf, mißachten die Gesetze und fühlen sich ganz als die Herren im Hause.

Ein solches Individuum ist auch der verstoßene Leutnant Alfons Pluder, Sohn des Großagrariers Alois Pluder aus Schwoitsch bei Breslau. Dieser junge Mann, dem die Ohren noch nicht ganz trocken sind, ist eine wahre Landplage. Nachdem er vor einigen Wochen in Hundsfeld mit seinem Automobil ein Brautpaar überfuhr, schoß er kurz darauf bei einer Hasenjagd einen zwölfjährigen Schüler an, Sohn des Arbeiters Klose, und verwundete ihn schwer am Bein. Der Junge liegt jetzt schwer krank im St. Georgskrankenhaus darnieder, da die Wunde eitert. An seinem Aufkommen wird gezweifelt und es ist möglich, daß das unglückliche Opfer dieses gemeingefährlichen Menschen stirbt. Da bei dem Autounglück auch schon ein Todesopfer war — das junge Mädchen starb, während der Bräutigam schwer verletzt war — hätte dieser Bursche binnen Kurzem zwei Menschenleben auf dem Gewissen. Und keine Polizei, kein Staatsanwalt ist da. Dieser Mensch kann ruhig noch mehr Menschen morden, keine Behörde wird ihm etwas tun, da er aus den sogenannten besseren Kreisen stammt. Ein Arbeiter braucht bloß vor Hunger ein Brot stehlen, da schmeißt man ihn schon ins Gefängnis. Es wird auch jetzt noch, genau so wie zu Wilhelms Zeiten, mit zweierlei Maß gemessen.

Neue Erfolge.

Für Sonntag, den 22. Januar war von der Ortsgruppe Liegnitz der KPD. eine öffentliche Versammlung nach Rothkirch a. K. einberufen worden, Genosse Hamann sprach über Elend, Wucher und Volksbetrug. Er schilderte besonders die trostlosen Zustände und finanziellen Verhältnisse der Republik und rollte die Frage auf, wer den Krieg bezahlen soll. Seine etwa zweistündigen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der freien Aussprache schilderte ein Landarbeiter in kurzen Strichen die Lage des Landproletariats und betonte, daß sich die Arbeiterschaft nicht mehr auf die Führer der SPD. verlassen könnten. Auch die Haltung der Gewerkschaften wäre in vielen Fällen zu schwächlich. Es ist beispielsweise auf vielen Gütern noch nicht möglich, von den Großagrariern den im neuen Tarif festgelegten Lohn zu erhalten.

Der Erfolg der Versammlung war die Aufnahme einer Reihe Genossen in die Partei, so daß dort der Grundstein zu einer neuen Ortsgruppe gelegt ist. Es wurden auch Broschüren umgesetzt und eine Kellersammlung brachte ein schönes Resultat.

Kommunistische Internationale.

Die französischen Arbeiter gegen Poincaré.

Die Kommunistische Partei veranstaltete in Paris eine riesige Protestversammlung. Die Referenten nahmen in der schärfsten Weise gegen die neue Regierung Stellung. Genosse Cachin erklärte: Wir werden nicht in den Krieg gehen, den Poincaré vielleicht morgen entfesselt. Tommasi hob hervor: Wenn wir morgen wieder zu den Waffen greifen sollen, so werden wir es nicht tun, um das Kapital zu verteidigen, sondern um die Revolution zu machen. — Der Vorstand des französischen Arbeiter-Kriegsteilnehmerverbandes erläßt einen Aufruf, der in die Worte ausklingt: „Nieder Poincaré — nieder der Krieg!"

Die Tagung des Zentralausschusses.

Am 22. und 23. Januar tagte der Zentralausschuß der KPD. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde die Tagesordnung der Zentrale angenommen.

Am ersten Sitzungstage beschäftigte sich der Zentralausschuß mit der politischen Lage. Genosse Thalheimer hielt das Referat, Friesland war Korreferent.

Am zweiten Tag wurde nach einem Referat des Genossen Heckert die Frage der Roten Gewerkschaftsinternationale behandelt. Am Nachmittag hielten Genosse Ernst Meyer das Referat und Braß das Korreferat über die Lage in der Partei. In später Abendstunde wurde gestern die nachstehende Resolution der Zentrale mit 43 gegen 2 Stimmen angenommen. In gesonderter Abstimmung nahm der Zentralausschuß die anschließende Erklärung über den Ausschluß der 28 Unterzeichner des Aufrufs der Opposition an.

Es stimmten 41 Genossen dafür, 4 (darunter die vom Ausschluß betroffenen Friesland und Franken) dagegen. Friesland und Franken verließen darauf den Sitzungssaal.

Wir veröffentlichen morgen einen eingehenden Bericht über die Tagung.

Resolution zur parteipolitischen Lage.

Das verlangsamte Tempo der Weltrevolution hat in manchen Schichten der Arbeiterschaft die Vorstellung hervorgerufen, daß die Welle der Weltrevolution überhaupt abgeebt sei. Die Illusion des raschen Sieges über die Bourgeoisie ist in diesen Kreisen dem Zweifel an dem revolutionären Wege gewichen. Während die Kommunisten aus der Einsicht in die teilweise Festigung des Kapitalismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nur entsprechende Folgerungen für ihre Taktik ziehen, sind bisher kleine revolutionsbegeisterte Gruppen der Arbeiterschaft geneigt, sich überhaupt vom Kommunismus loszusagen.

Ein Ausdruck dieser Depression auch innerhalb der Reihen unserer Partei ist die Absplitterung der KAG. und der mit ihr sympathisierenden Opposition.

Die Opposition, die sich über die Konsequenzen ihres Weges erst teilweise bewußt ist, knüpfte an die „Enthüllungen" des „Vorwärts" über die Märzaktion und zog daraus Folgerungen, die einer Kapitulation unserer Partei vor der SPD. und USPD. in dieser Frage gleichkamen. Der Mangel an theoretischer Klarheit und Festigkeit veranlaßte diese Opposition weiter dazu, öffentlich gegen einen Beschluß der Zentrale Stellung zu nehmen, der den politischen Kampf gegen die KAG. ankündigte und der in Uebereinstimmung steht mit dem Beschluß des Zentralausschusses vom 22. November zur KAG.-Frage.

In der Forderung der Opposition nach programmatischer Festigung der Taktik unserer Partei liegt die Forderung enthalten, als Basis unserer Partei und als Kriterium für die Zugehörigkeit zu unserer Partei nur die Durchführung der augenblicklichen Tageskämpfe aufzustellen. Unsere Partei ist aber nicht eine Partei, die sich beschränkt, auf Kämpfe um Etappenforderungen (Steuerkämpfe, Lohnkämpfe usw.) sondern sie ist eine Partei, die bewußt für die Erringung der Diktatur des Proletariats auf revolutionärem Wege eintritt, die in jedem Augenblick des Kampfes nicht nur die Notwendigkeit der weiteren Schritte bis zur endgültigen Aufhebung des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat betont, sondern die Aufgabe hat, die Massen über die jeweilig erreichte Etappe hinaus vorwärts zu führen. —

Die Aufgabe der kommunistischen Grundsätze durch die Opposition zeigt sich auch in ihrer Forderung der Wiederaufnahme aller aus politischen oder organisatorischen Gründen Ausgeschlossenen und der Wiedervereinigung mit der KAG. Eine solche Wiedervereinigung wäre nur möglich, wenn die Ausgeschlossenen und Ausgetretenen die Grundsätze unserer Partei anerkennen und befolgen wollen, aber nicht auf dem Boden der KAG.

Der Zentralausschuß lehnt es auch ab, der Forderung der Opposition auf Reinigung der Partei von den während der Märzaktion angeblich kompromittierten Genossen zuzustimmen. Die Fehler, die von einzelnen Genossen während der Märzaktion begangen wurden, sind zu betrachten im Zusammenhang, und als Ausfluß einer Einstellung, die in den Märztagen in unserer Partei vorherrschend war. Diese Fehler sind durch den dritten Weltkongreß und durch die tatsächliche Politik der Partei seit Jena überwunden worden. Die Gewähr gegen ihre Wiederholung liegt in der wachsenden kommunistischen Einsicht und Schulung der Gesamtpartei.

Die Kommunistische Partei ist sich bewußt, daß in den Beziehungen der einzelnen Sektionen zur Exekutive der KI. noch manche Unzulänglichkeit beseitigt werden muß. Diese vorhandenen Mängel beruhen zum größten Teil auf der mangelnden Objektivität und Mitarbeit der Sektionen bei der Herstellung der technischen und politischen Verbindung mit der Exekutive. Die Partei begrüßt den Antrag, die den Sinn hatte, die internationalen Beziehungen enger zu gestalten.

Hinter der Forderung der Opposition, daß die Exekutive der KI. nicht organisatorisch und personell in die deutsche Partei eingreifen dürfe, verbirgt sich die weitergehende Forderung der Unabhängigkeit unserer Partei gegenüber der Kommunistischen Internationale. Auch die Forderung der finanziellen Unabhängigkeit unserer Partei von der Kommunistischen Internationale wird der Opposition weniger begründet mit den Erfordernissen eines organisatorisch gesunden Aufbaus der Partei aus eigener Kraft, wie sie bereits der Jenaer Parteitag erkannt hat, als mit einer angeblich auf der finanziellen Unterstützung beruhenden geistigen Abhängigkeit. Demgegenüber betont der Zentralausschuß die Notwendigkeit einer straff zentralisierten Internationale. Die Partei scheut sich nicht, offen auszusprechen, daß kommunistische Parteien je nach ihrer Leistungsfähigkeit Gelder von ihren Bruderparteien empfangen oder an sie abgeben zum Kampfe gegen die Bourgeoisie.

Die Forderungen der Opposition stimmen weitgehend überein mit denen der KAG. Die KAG. zieht nur offen die Konsequenzen aus den Forderungen der Opposition, die ja auch organisatorisch mit der KAG. in engstem Zusammenhang steht.

Die KAG. verlangt von unserer Partei nicht mehr bloß die Revision der Taktik unserer Partei, sondern schon die Auflösung der KPD. Die Forderung der Bildung einer verschwommenen sozialrevolutionären Partei durch die KAG. hat Platz gemacht der offenen Forderung der Verschmelzung mit der USPD. Der Artikel Levis im „Weg" bildet die theoretische Begründung der praktischen Versuche der KAG., in die USPD. einzutreten.

Die Tätigkeit der KAG. ist seit ihrer Existenz darauf gerichtet gewesen, die KPD. zu bekämpfen. Daraus ergab sich praktisch vielfach eine politische Zusammenarbeit der KAG. mit der USPD. und mit der SPD. (Vorwärts-Enthüllungen). Zwischen der KAG. und der Kommunistischen Partei kann es deshalb keine anderen Beziehungen geben, als die des politischen Kampfes.

Die Opposition hat an der Bekämpfung unserer Partei durch gegnerische Organisationen ebenfalls teilgenommen. Mit ihren Aufrufen und Publikationen lieferte sie ihnen Material für die Bekämpfung der Kommunistischen Partei. Die aus politischen Differenzen erwachsene kritische Stellung der Opposition verführte sie zu einer Reihe schwerer Disziplinbrüche.

Die Kommunistische Partei gewährt für die Diskussion über taktische Fragen freiesten Spielraum. Sie kann es aber unter keinen Umständen dulden, daß die Diskussionsfreiheit von oppositionellen Genossen dazu mißbraucht wird, sich fraktionsweise zusammenzuschließen, mit Erklärungen, für die Unterschriften gesammelt werden, gegen die Partei zu operieren und mit ausgesprochenen Gegnern der Partei organisatorische und politische Verbindungen zu unterhalten. Wer dies tut, arbeitet praktisch an der Auflösung der Partei.

Die Kommunistische Partei muß, um die Taktik der Einheitsfront erfolgreich anzuwenden, sich von anderen Parteien klar abheben. Die Partei muß Massenpartei sein, aber nicht um den Preis ihrer inneren Geschlossenheit, Kampffähigkeit und Klarheit. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, muß sie von jedem Mitgliede die Wahrung revolutionärer Disziplin verlangen.

Der Zentralausschuß erklärt deshalb, daß alle diejenigen, die sich für die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft betätigen, sich damit selbst außerhalb des Rahmens der Partei stellen. Gemäß den Beschlüssen des dritten Weltkongresses ist jede Fraktionsbildung und Sonderbündelei innerhalb der Partei und jede politische und organisatorische Zusammenarbeit mit der KAG. unvereinbar mit den Pflichten eines Parteimitgliedes.

Erklärung.

In dem Aufruf der Genossen Brutz, Friesland und Malzahn und dem von 28 Genossen unterzeichneten Aufruf werden Auffassungen vertreten, die den Grundsätzen unserer Partei zuwiderlaufen. Die Publikation der Aufrufe stellt zugleich einen Verstoß dar gegen die organisatorischen Grundgesetze unserer Partei. Der Zentralausschuß erklärt deshalb, daß die Unterzeichner der Aufrufe aus der Partei ausgeschlossen sind, soweit nicht nachgewiesen wird, daß ihre Namen ohne ihr Wissen unter die Aufrufe gesetzt wurden, oder sofern nicht die Unterzeichner ihre Unterschrift zurückziehen und von der Propagierung der in den Aufrufen vertretenen unkommunistischen Anschauungen Abstand nehmen.

Die russischen Genossen zur Parteilage.

An den Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands ist nachstehender Brief gerichtet:

Werte Genossen! Die Unterzeichneten, die im Auftrage des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands während des Dritten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale an dem Zustandekommen des „Moskauer Friedensvertrages" mitarbeiteten, erachten es für ihre Pflicht, folgendes zu erklären:

Die KPD. als Ganzes hat während der letzten Monate bewiesen, daß sie vollkommen im Sinne der taktischen Linie des Dritten Weltkongresses arbeiten will und kann. Die Linie der „Einheitsfront" ist von der ganzen Partei ohne jeden Widerspruch akzeptiert. Die Märzfehler sind anerkannt und überwunden worden. Das Vertrauen zur Partei seitens der Massen ist im Wachsen begriffen.

Die frühere Oppositionsgruppe hat sich aufgelöst. Während ein Teil der Genossen mit der Genossin Zetkin an der Spitze alle Bemühungen ausnutzen, um [illegible] mit dem anderen Teil der früheren Opposition [illegible] zu unterhalten, haben [illegible] gebrochen.

Die Levi-Gruppe (KAG.) hat sich zu einer dem Kommunismus direkt feindlichen Gruppe entwickelt. Die „Enthüllungen", das Auftreten gegen die Prof[illegible]tern, der Versuch, die Zentrale zu sprengen, die ununterbrochenen „Sensationen" und Skandale — das alles sind Beweise dafür, daß die Levi-Gruppe für den Kommunismus tot ist. Wer für diese Gruppe auftritt, der bricht die Beschlüsse des Dritten Kongresses und den Moskauer Friedensvertrag, der ist gegen die Kommunistische Internationale.

Wir sind fest überzeugt, daß in letzter Stunde sich doch alle Genossen um die Fahne der Partei und nicht um die ihrer Zerstörer sammeln werden.

Mit kommunistischem Gruß!

Moskau, 10. Januar 1922.

N. Lenin. L. Trotzki. G. Sinowjew. K. Radek. N. Bucharin.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Deutsche Schleuderkonkurrenz.

Die Wirkungen der niederen deutschen Valuta und den damit verbundenen niederen Löhnen auf einen Zweig der englischen Wirtschaft zeigt folgende Berechnung aus dem „Manchester Guardian" vom 10. Januar. Danach kostet die Fracht für Baumwollwaren per Kubikmeter nach Südamerika:

von Belfast aus im ganzen Pfund 8 0 Pence,
von Hamburg aus im ganzen Sh 17 6 Pence,

das heißt, die Fracht von Hamburg aus ist um mehr als dreifache billiger als von England aus. Die natürliche Folge wird eine immer weitergehende Stillegung der englischen Seeschiffahrt sein und auf diesem indirekten Wege tragen die deutschen Hungerlöhne nicht nur zur Verelendung des deutschen Proletariats, sondern auch zu der des englischen und des übrigen Weltproletariats bei.

Verluste in der englischen Textilindustrie.

Mit Jahresschluß kommen in England die ersten Berichte über den Geschäftsgang im verflossenen Jahre. Der erste derartige Bericht einer Großhandelsfirma (Messrs John Howell & Co., Melitis, London) zeigt für das Jahr 1921 einen Verlust von rund 198 000 Pfund Sterling und nach Abzug der Gewinnreserven aus früheren Jahren bleibt ein endgültiger Verlust von über 45 000 Pfund Sterling.

Dieser Bericht ist nur einer von vielen, die noch kommen und die keineswegs ein günstigeres Bild entrollen werden. Die Folge dieser ungünstigen Lage ist, daß ziemlich die gesamte englische Textilindustrie bei den Banken stark verschuldet ist und eigentlich nur durch deren Gnade noch lebt. Wie sich das englische Blatt ausdrückt, wird ein guter Teil der englischen Textilindustrie von den Banken „gelängt". Sollte die Amme versagen, so kann man sich denken, wie es um das Kind aussehen wird. Schon kündigen verschiedene Banken an, daß sie im kommenden Jahre einen viel größeren Druck auf ihre Kunden ausüben werden als bisher, da sie selbst beträchtliche Verpflichtungen haben.

Die Aussichten dieses wichtigen Zweiges der englischen Industrie sind mithin sehr trübe und von einer angeblichen Besserung ist nicht viel zu merken. Es wird viele Fabrikanten und Kaufleuten nichts übrig bleiben, als entweder sich mit ihren Bankgläubigern auszugleichen oder aber, wenn diese darauf nicht eingehen sollten, den Bankerott zu erklären.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

11) Uebersetzt von Adolf Heß.

„Sie genieren sich vor dem Fräulein!" entschied sie bei sich.

Ihr gefiel das ernste Gesicht Nataschas, die so aufmerksam alle beobachtete, als wären die Burschen in ihren Augen Kinder.

„Wartet einmal, Genossen!" sagte sie plötzlich. Und alle schwiegen und sahen sie an.

„Recht haben die, die sagen, wir müssen alles wissen. Wir müssen uns selbst mit dem Licht der Vernunft erleuchten, damit die Menschen, die in dunkler Unwissenheit leben, uns sehen, wir müssen auf alles ehrlich und wahr antworten. Wir müssen die ganze Wahrheit, alle Falschheit kennen lernen..."

Der Kleinrusse hörte zu und wiegte im Takte zu ihren Worten seinen Kopf hin und her. Wjessowtschikow, der Rothaarige und der andere Fabrikarbeiter, den Pawel mitgebracht, standen alle drei in einer dichten Gruppe beisammen. Das gefiel der Mutter nicht.

Als Natascha schwieg, stand Pawel auf und fragte ruhig:

„Wollen wir denn nur satt werden?"

„Nein!" antwortete er selbst und blickte unverwandt zur Seite nach den dreien hin. „Wir wollen Menschen sein! Wir müssen denen zeigen, die an unserem Halse hängen und uns die Augen verschließen, daß wir alles sehen. Wir sind nicht dumm, sind keine Tiere und wollen nicht nur essen, wir wollen leben, menschenwürdig leben! Wir müssen unseren Feinden zeigen, daß unser Sträflingsleben, das sie uns aufgebürdet haben, uns nicht hindert, ihnen an Verstand ebenbürtig, an Gemüt — über zu sein..."

Die Mutter hörte seine Worte, und in ihrer Brust regte sich Stolz über ihren Sohn — wie fließend verstand er doch zu reden!

„Satte Leute gibt es schon — ehrenhafte aber nicht!" sagte der Kleinrusse. „Wir müssen eine Brücke über den Sumpf des faulen Lebens zum zukünftigen Reich der Herzensgüte schlagen, das ist unsere Aufgabe!"

„Jetzt müssen wir dreinschlagen: Wunden zu heilen, ist keine Zeit mehr!" erwiderte Wjessowtschikow dumpf.

„Man wird uns die Knochen zerbrechen, bevor der Tanz losgeht!" rief der Kleinrusse lustig.

Es war bereits nach Mitternacht, als man sich zu trennen begann. Zuerst gingen Wjessowtschikow und der Rothaarige, das gefiel der Mutter wieder nicht.

„Die haben ja große Eile!" dachte sie und verneigte sich wenig freundlich vor ihnen.

„Sie begleiten mich wohl, Nachodka?" fragte Natascha.

„Selbstverständlich!" antwortete der Kleinrusse.

Als Natascha sich in der Küche ankleidete, sagte die Mutter zu ihr:

„Ihre Strümpfe sind für diese Jahreszeit zu dünn! Wenn Sie erlauben, stricke ich Ihnen ein Paar wollene."

„Danke schön, Pelagea Nilowna. Die wollenen aber kratzen so!" erwiderte Natascha lachend.

„Ich stricke Ihnen welche, die nicht kratzen!" sagte Frau Wlassow.

Natascha sah sie an und kniff dabei die Augen ein wenig zusammen. Dieser unverwandte Blick machte die Mutter verwirrt.

„Entschuldigen Sie schon meine Dummheit..., ich meine es aufrichtig!" setzte sie leise hinzu.

„Was sind Sie für eine herrliche Frau!" erwiderte Natascha ebenfalls halblaut und drückte ihr schnell die Hand.

„Gute Nacht, Mütterlein!" sagte der Kleinrusse, ihr in die Augen blickend, bückte sich und trat hinter Natascha in den Flur.

Die Mutter schaute nach ihrem Sohn — der stand neben der Tür im Zimmer und lächelte.

„Was lachst du?" fragte sie verwirrt.

„Nur so... Ich freue mich!"

„Gewiß, ich bin alt und dumm... aber was Schönes verstehe ich auch noch!" meinte sie leicht gekränkt.

„Gut, gut!" erwiderte er, mit dem Kopf nickend. „Du solltest zu Bett gehen, es ist Zeit..."

„Für dich auch... Ich gehe sofort zu Bett."

Sie machte sich am Tisch zu schaffen, räumte das Geschirr ab, war zufrieden und schwitzte sogar infolge angenehmer Erregung — kurz, sie war vergnügt, daß alles so schön gewesen war und so friedlich geendet hatte.

„Das hast du fein gemacht, Pawluscha!" sagte sie. Sind nette Leute... Der Kleinrusse ist sehr lieb, und das Fräulein..... Ach, wie ist die klug! Was ist sie eigentlich?"

„Lehrerin!" erwiderte Pawel kurz, im Zimmer auf- und abschreitend.

„Ach so! deshalb ist sie so arm... so schlecht gekleidet... ach, so schlecht! Da kann man sich schon erkälten! Wo wohnen ihre Eltern?"

„In Moskau", sagte Pawel, blieb vor der Mutter stehen und fügte ernst und halblaut hinzu:

„Sieh — ihr Vater ist ein reicher Mann, Eisenhändler, hat mehrere Häuser. Weil sie aber diesen Weg betreten hat, hat er sie verstoßen... Sie ist in wärmer Behaglichkeit erzogen, man hat ihr alles gegeben, was sie haben wollte — und jetzt geht sie sieben Werst nachts in der Nacht allein..."

Die Mutter war überrascht. Sie stand mitten im Zimmer, bewegte erstaunt die Brauen und blickte schweigend auf ihren Sohn. Dann fragte sie leise:

„Geht sie in die Stadt?"

„Ja."

„O weh! Und hat keine Angst?"

„Denk' dir mal — die hat keine Angst!" erwiderte Pawel lächelnd.

„Aber warum?... Sie könnte doch hier über Nacht bleiben... bei mir schlafen!" (Fortsetzung folgt.)

Lokales.

„Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues".

„Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung".

II.

Mak. So also ist die Frage gestellt: Entweder stärkeres Versinken ins Wohnungselend oder revolutionäre Umgestaltung. Das heißt nicht mit anderen Worten: in plötzlicher Aufwallung des gerechten Zornes die Schlemmer und Prasser, die Coupon- und Halsabschneider, die Besitzer großer Villen und Paläste, kurz die Verursacher der Wohnungsnot aus ihren luxuriösen Behausungen holen und sie an den nächsten Laternenpfählen aufknüpfen; sondern das heißt: entschlossen alles Hindernis beseitigen, im unbeugsamen Willen auf das Ziel zusteuern, durch kompromißfreie Handlungen den Leidensweg der Ausgebeuteten abkürzen und dadurch den Entwicklungsprozeß der revolutionären Umgestaltung beschleunigen. Nicht Rache, sondern Revolution! Vergeltung zu üben ist Aufgabe der Tribunale, nicht der einzelnen Individuen oder Organisationen.

Aber die Revolution kann sich nur entwickeln durch organisatorischen Zusammenschluß der in ihren Ideen einheitlich geistig beeinflußten Klassengenossen, kann sich nur entwickeln, wenn die Organisationen von revolutionärem Geiste getragen sind. Da spielt der Name oder der Charakter der Organisation keine Rolle, da entscheidet der Führerwille und das Handeln der Organisationen über die Macht oder die Ohnmacht der proletarischen Klasse.

Obwohl es große Teile gewerkschaftlich organisierter Arbeiter sind, die unter den denkbar schlechtesten Wohnungsverhältnissen vegetieren müssen, fanden die Gewerkschaften noch keine Zeit sich ernstlich mit dem Wohnungsproblem zu befassen; obwohl die ärmsten Teufel als Mitglieder der Konsumgenossenschaften ihre ausgemergelten Körper in höhlengleichenden Wohnlöchern unterbringen müssen, fehlte bis heute diesen kräftigen Organisationen die Kraft, anders als im reformistischen Sinne die Wohnungsfrage zu behandeln. Und selbst die kompetentesten Organisationen, die Mietervereine, glauben in der Ueberbrückung der Gegensätze ihre Aufgabe erfüllt zu haben. Auf keinen Fall sollen mit diesen Ausführungen Anklagen oder Vorwürfe gegenüber einzelner Organisationen erhoben werden, dies ist nicht der Zweck vorliegender Arbeit, aber die kritische Beleuchtung all dieser Organisationsgebilde zwingt zu sagen was ist.

Jeder Mieter, der schon die Hilfe eines Mietervereins in Anspruch nahm, weiß bestimmt, daß er vielleicht oder bestimmt durch Mitwirkung des Mietervereins vor unangenehmen Erlebnissen oder wirtschaftlichen Schädigungen geschützt wurde, daß er aber immer noch in seinem alten Elend sitzt, aus dem ihm bisher kein Gott und kein Teufel noch kein Mietverein heraushalf. Und selbst dann, wenn wirklich die Möglichkeit gegeben wäre. Einem oder Zehn oder Tausenden menschliche Wohnbedingungen zu verschaffen, wäre diese Möglichkeit angesichts des riesengroßen Elends nur Seifenblase werden. Die Arbeit der Mietervereine mag noch bewertet werden, deren Arbeitsausschußmitglieder mögen im Versuch zur Bekämpfung der Wohnungsnot eifrige, fähige Männer sein, sie werden niemals das Wohnungselend mildern, geschweige beseitigen können. Sie können nur heute der Familie A. kleine Scheinerfolge bieten, um morgen der Familie B. ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aber einflußreich gegen das große Elend einzuwirken, das vermögen sie nicht. Der Arbeitsanfall für die Arbeitsausschußmitglieder wird nie geringer, weil sie mit ihrer Tätigkeit die Elendsquelle nicht verstopfen, sondern nur kleine Bächlein versickern lassen, die der Quelle entstammen. So wird die Arbeit der Mietervereine durch deren reformistische Einstellung zur Sünnhusarbeit.

In Breslau gibt es 35000 Wohnungslose trotz der Tätigkeit oder vielmehr wegen der kompromißlenden Tätigkeit der proletarischen Organisationen und täglich wächst das Elend, zwingt sogar die Behörden zu Unternehmungen, die allerdings nicht im Interesse der vom Elend Betroffenen liegen, aus bereits angeführten Gründen. Dabei wäre es ein Kinderspiel, mit Erfolg die Wohnungsnot zu meistern, wenn — nun wenn die proletarisch Organisierten und damit die proletarischen Organisationen endlich die Angst vor ihrer eigenen Kurasche abstreifen und nicht mehr flehen, betteln und feilschen, sondern handeln. Handeln nicht durch Kommissionen, die mit Resolutionen in der Tasche deputiert werden und dann im herrlichen Gefühl treuerfüllter Pflicht die Angelegenheit erledigt sein lassen, sondern durch wirklich energischen Vor- und Nachstoß und endliche „Antreibung" der ganzen Elendsfront.

Gebt für die Rote Hilfe!

Breslau. **Eine noble Firma!**

Bei der Breslauer Druckerei Graß, Barth & Co., Inh. W. Friebrich, die die demokratisch-kapitalistische „Breslauer Zeitung" herstellt, war ein Arbeiter 45 Jahre beschäftigt. Der 77 Jahre alte Arbeitsinvalide starb kürzlich im Hospital. Da er in den letzten 7 Jahren eine Rente von monatlich ca. 70 Mark nur bezog, konnte er keine irdischen Schätze sammeln und so entstand durch seinen Tod für seine Tochter eine mißliche Lage, da die Beerdigungskosten über 1250 Mark betrugen. Die Tochter wandte sich deshalb an die genannte Firma mit der Bitte, einen Teil der Beerdigungskosten zu übernehmen. Sie war in dem Glauben, daß der schwerreiche Inhaber, der sich Rennpferde hält und Besitzer von Segeljachten ist, hier gern helfen würde. Aber sie war im Irrtum. Ganze 300 Mark erhielt sie, im übrigen solle sie doch das Begräbnis auf Armenkosten stattfinden lassen. Eine noble Firma, fürwahr. Sie glaubt, da sie dem in ihrem Dienste grau gewordenen Arbeiter eine Invalidenrente von 20 Mark monatlich und die letzten Monate 50 Mark gab, einen besonderen Akt von Wohltätigkeit erfüllt zu haben. Sie vergißt, daß der Mann in den 45 Jahren, die er für die Firma schuftete, ihr nur Nutzen gebracht hat, daß er durch die Arbeit dort ausgepreßt wurde und seine besten Kräfte dem Wohlergehen der noblen Firma opferte. Aber so ist es, so lange der Prolet dem Unternehmer Nutzen bringt, ist er ihm sehr willkommen. Sobald seine Kräfte nachlassen und aus ihm nicht mehr soviel Gewinn herauszuquetschen ist, ist er seinem Schicksal überlassen. — Woraus wir die Lehre ziehen müssen, daß wir dieses kapitalistische Raubsystem unter allen Umständen beseitigen müssen. Nicht nur der Unternehmer, der sowieso ein sorgenfreies, üppiges Leben führt, soll einen geruhigen Lebensabend haben, auch der Arbeiter, der erst alle Werte schafft, soll seine letzten Jahre in Ruhe und sorgenfrei verbringen. Das wird aber erst möglich sein, wenn die Profitwirtschaft, das kapitalistische System, das Raubbau treibt am Körper der arbeitenden Klasse, endgültig beseitigt wird.

Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist Montag vormittag im Fürstensaale des Rathauses zu einer Tagung zusammengetreten, um über die Finanzlage der Gemeinden, die Steuergesetzgebung und Schulfragen zu beraten. Am Dienstag folgt eine Vorstandssitzung des Preußischen Städtetages, die sich gleichfalls mit Schulangelegenheiten und ferner mit der Wohnungsbauabgabe befassen wird. Anwesend sind 39 Personen, darunter die Oberbürgermeister aller größeren deutschen und preußischen Städte.

Reichsarbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände e. V.

Am 25. d. M. findet im Rathause zu Breslau eine Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des Reichsarbeitgeberverbandes Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände statt. Nach der Tagesordnung steht u. a. zur Erörterung: Die Entscheidung über die Annahme des neuen Reichsmantelvertrages für das Fahrpersonal der kommunalen Straßenbahnen, Nachträge zum Reichsmantelarbeitsvertrag für die Gemeindearbeiter, Betriebsbilanzgesetz und Gemeindebetriebe, die Entwürfe der Gesetze über die Arbeitszeit der Angestellten und des Eisenbahnpersonals sowie der Schlichtungsordnung, Fragen der Lohnpolitik u. a. m. Der Reichsarbeitgeberverband vereinigt in sich Städte, Landkreise, Landgemeinden, Zweckzweckverwaltungen und sonstige öffentlich rechtliche Verwaltungen Deutschlands.

Liegnitz. **Eisenbahnunglück.**

Dienstag nacht 1 Uhr 54 Minuten überfuhr der Güterzug 5024 das „Halt" zeigende Einfahrtsignal auf Bahnhof Oberlesichen und fuhr auf den am Bahnhof stehenden Güterzug 5064 auf, wobei etwa zehn Wagen entgleisten und einige zertrümmert wurden. Zwei Zugbegleiter sind leicht verletzt. Der Zugverkehr ist nicht gestört.

Jauer. **Ein christliches Begräbnis.**

Am 19. Jan. 1932 starb Kell. Fuhrmann aus dem Kirchlichen Betriebe. Die Grippe, richtiger gesagt, der Hungertyphus, hatte den fünfzigjährigen Proletarier das Lebenslicht ausgelöscht. Weil aus K. längerer Zeit nicht zur Ostarbeichte war, weigerte sich der katholische Pfarrer an der Beerdigung teilzunehmen. Aus demselben Grunde wurde er auch nicht auf den katholischen Friedhof aufgenommen. Da Jauer keinen Kommunalfriedhof hat, blieb den Angehörigen nichts anderes übrig, die evangelische Kirchengemeinde zu bitten, den Verstorbenen dort aufzunehmen.

Natürlich hat das Verhalten dieses Vertreters der christlichen Nächstenliebe große Erregung unter den Angehörigen und Kollegen des Verstorbenen hervorgerufen. Dieser Nachfolger Christi, der auf der Kanzel das Maul nicht voll genug nehmen kann und vor christlicher Liebe und Duldsamkeit fast zergeht, zeigt sich in seiner Handlungsweise im richtigen Lichte. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen aber sagen wir, laßt Euch nicht länger von den Schmarotzern an der Nase herumführen. Ihr seht, daß Worte und Taten dieser Pfaffen in Christo zweierlei sind. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, diesen bezahlten Diener des Staates (im wahrsten Sinne des Wortes) länger noch aufzupäppeln. Wir Arbeiter haben kein Interesse daran, diese staatliche Versorgungsanstalt zu unterstützen. Für uns kann die Losung nur heißen: Heraus aus der Kirche!

Altertümliche Funde.

Die seit einiger Zeit geführten Ausgrabungen auf dem Weinberge bei Peterwitz haben ergeben, daß der Gipfel des Berges höchstwahrscheinlich eine heidnische Begräbnisstätte, vielleicht auch ein Opfer- oder Verbrennungsplatz gewesen ist. Prof. Dr. Seger vom Museum für Kunstgewerbe und Altertum in Breslau rechnet die Funde (Urnen, Schalen, Bronzenadel) einem Grabe der älteren Bronzezeit (um 1200 v. Chr.) zu. —r

Ohlau. **Mitglieder-Versammlung.**

Am Montag hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Gen. Gräf von der Unterbezirksleitung besprach alle organisatorischen Fragen, die notwendig sind, um unsere Partei fähig zu machen, ihre politischen Aufgaben zu erfüllen. Den Ausführungen Gräfs stimmte man begeistert zu. Es wurden gewählt fünf Unterkassierer, ein Berichterstatter für die Zeitung und ein Vertrauensmann für die Produktivgenossenschaft Schlesien.

Es wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung an einem Sonntag abend abzuhalten und dazu die Frauen mitzubringen. Die Bezirksleitung soll dazu den Gen. Maslowski oder Gentsch senden, um ihnen ein instruktives Referat zu halten. — Nach Erledigung sonstiger Geschäfte wurde die Versammlung um 11,30 Uhr geschlossen.

Lichtenau. **Grubenbrand.**

In der Nacht vom 14. zum 15. Januar brach bei der Grube „Glück-Auf" in Lichtenau ein Grubenbrand aus, und zwar auf dem Vögeschacht. Die Rauchschwaden drangen so stark ans Tageslicht, daß der Förderschacht und der naheliegende Einfahrtschacht mit Bohlen und Erde abgedeckt werden mußte. Der erste Versuch im Laufe der darauffolgenden Woche, das Feuer zu löschen, mißlang. Der zweite Versuch am Montag scheint von Erfolg gewesen zu sein. Es werden ungefähr drei bis fünf Wochen vergehen, ehe der Betrieb wieder sachgemäß hergestellt sein wird. Dem Betriebsrat gelang es, nach mehrmaligem Verhandeln mit der Werksleitung die in Frage kommende Belegschaft von ungefähr 100 Mann auf den anderen Schächten unterzubringen, so daß vorläufig kein Arbeiter brotlos geworden ist. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht geklärt.

An unsere Kolporteure.

Wir bitten unsere Kolporteure um umgehende Adressenübermittlung der neugewonnenen Leser, damit diesen bis 1. Feb[illegible] die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" gratis geliefert werden [illegible]

Ebenso machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß [illegible] pünktliche Lieferung bei Monatswechsel nur dann erfolgen [illegible] wenn die Bestellungen rechtzeitig bis spätestens vorletzten Ta[illegible] vergangenen Monats bei uns eingegangen sind. Verzögerung [illegible] der Zustellung oder verspätete Zustellung der Zeitung, die uns [illegible] verschiedenen Orten gemeldet wurden, liegen (abgesehen [illegible] Nr. 18/19, die infolge Maschinendefekt in der Druckerei ver[illegible] erschien) nicht an der Expedition — wie wir dies einwa[illegible] feststellen lassen können — sondern an der Post, an die wir be[illegible] ein Beschwerdeschreiben abgehen ließen.

Wir bitten unsere Kolporteure und Postabonnenten bei [illegible] Fällen in der Zustellung ihre Beschwerde bei ihren zuständ[illegible] Postanstalten anhängig zu machen und d[illegible] Beschwerden zeit[illegible] energisch durchzuführen. Verlag [illegible] ad Expedit[illegible]

Quittung.

Für Dezember rechneten ab: Ober-Hermsdorf und Hermsdorf u. K. (7.)

Für Januar: Schmiedeberg, Landeshut (7), Fellhammer (Sch.), Neustadt, Neublelau und Groß-Rosen.

Liebknecht-Zeitung: Dittersbach, Neustadt, Schmiedeberg, Fellhammer (Sch.), Neublelau und Groß-Rosen.

Expedition der „Schles. Arbeiter-Ztg." [illegible]

Versammlungs-Kalender.

KPD. Breslau. Distrikt 12. Heut abend 7½ Uhr, Distrikts-Versammlung, Anderssenstraße 30.

Alle übrigen Distrikte halten ihre Distriktsabende Freitag, den 27. Januar ab. Kein Genosse und keine Genossin darf fehlen.

KPD. Stabelwitz. Freitag, den 27. Januar, abends 7½ Uhr, **Mitgliederversammlung.** Referent ist anwesend. Alles muß da sein.

Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr, öffentliche Volksversammlung in Marschwitz beim Gastwirt Hilse. Thema: Wucher, Not und Elend. Referent: Genosse Maslowski.

KPD. Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, im „Goldenen Frieden", Konradsthal, **Funktionärsitzung.** Alle Funktionäre und die Genossen, die sich an der Werbewoche beteiligten, müssen bestimmt kommen.

Genossen, werbt weiter für die Zeitung und Produktivgenossenschaft!

Kommunistische Jugend. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Turnhalle (Anderssenstraße) außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Mitgliedskarten mitbringen.

Die Kommunistische Kindergruppe hält ihre Zusammenkünfte jeden Dienstag und Freitag von 4 bis 6 Uhr in der Minoritenschule ab, nicht Dienstag und Mittwoch, wie irrtümlich mitgeteilt wurde.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max [illegible]hocher. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien e. G. m. b. H. Druck: Pfiffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Haft Du schon einen Anteil zur Produktiv-Genossenschaft gezeichnet?

Schauspielhaus
Operettenhaus. Tel. 8256
Heute und Gleich 7½ Uhr:
Die Straßensängerin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Der letzte Walzer.

Achtung! Wo?
[illegible]
Bei H. Kluge

Zahle für alte
Altmetalle
Höchste Preise
Gebr. Leibmann [illegible]

Anzüge, Cutaways, Raglans, Schlüpfer, gestreifte Hosen,
[illegible]
Versandhaus feiner Herrengarderobe
Berthold Schubert, Gartenstraße 12.

Austrägerin
für Strehlener Tor gesucht.
Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Ztg."
Wilhelmstraße 1950.

Kleine Werkstatt in Breslau
sofort zu mieten gesucht. Angebote an die Expedition der Schlesischen Arbeiter-Zeitung, Wilhelmstraße 49/50, I.

Soeben erschienen!
Clara Zetkin und Henri Walecki
Dem
Reformismus entgegen
Inhalt: Reden auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens in Maikand mit einer Einleitung über die Ergebnisse des Parteitages. Erklärung der Delegation des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale — 72 Seiten
Preis: Mk. 6.—, Gegenüberstellungsausgabe: Mk. 4.50
Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cohrding, Hamburg
alle Buchhandlungen und Ausliefergeschäften der KPD.

Möbel liefert überall hin
Gen. Wenzel, Tischlerei
Lehnwasser, Kreis Waldenburg

Proletarier lies
Nur durch Bestellung des Blattes kann die gesinnungstreue Politik [illegible] Regierung gewährleisten!
Die Kommunistische [illegible]
Breslau 5, Grüneichener
hat ein reichhaltiges Lager [illegible] proletarischen Bier
Bäckerei- [illegible]